

Beschluss Eskalation in Nordsyrien: Völkerrechtswidrigen Militäreinmarsch der Türkei verurteilen – Rüstungsexporte stoppen – Exportgarantien beenden – Täter*innen bestrafen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Mit ihrem völkerrechtswidrigen Einmarsch in Nordsyrien am 9. Oktober 2019 hat die
- 2 türkische
- 3 Regierung unter Präsident Erdogan den Konflikt in Syrien weiter eskaliert und so eine
- 4 massive Verschlechterung der politischen sowie humanitären Lage der ohnehin
- 5 geschundenen
- 6 Region in Nordsyrien herbeigeführt. Rund 300.000 Menschen mussten bereits
- 7 aufgrund der
- 8 jüngsten türkischen Invasion fliehen, zahlreiche tote Zivilist*innen sind zu beklagen.
- 9 Der
- 10 Einmarsch in Nordsyrien ist ein gezielter Angriff auf die kurdische Bevölkerung. Die
- 11 türkische Regierung verfolgt das Ziel, die Bevölkerungsstruktur im mehrheitlich
- 12 kurdischen
- 13 Norden Syriens zu verändern, die Kurd*innen im eigenen Land zu schwächen und
- 14 damit den
- 15 türkisch-kurdischen Konflikt zu entscheiden. Gleichzeitig verschärft auch der US-
- 16 Präsident
- 17 mit seiner erratischen Politik die Situation in Syrien und der Region. Mit dem
- 18 plötzlichen
- 19 Abzug der US-Truppen entzieht Donald Trump den kurdischen Kräften, die sich dem IS
- 20 maßgeblich entgegenstellt haben und unter hohen Verlusten die vom IS kontrollierten
- 21 Gebiete
- 22 zurückgewinnen konnten, abrupt die jahrelange Unterstützung. Er überlässt sie damit
- 23 ihrem
- 24 Schicksal, setzt sie der Feindseligkeit der türkischen Armee aus, die Seite an Seite mit
- islamistischen Kämpfern ihren Einsatz vollzieht, und treibt sie ausgerechnet in die
- Arme des
- syrischen Regimes unter Baschar al-Assad.
- Bei einem Treffen in Sotschi am 22. Oktober 2019 teilten der russische und der
- türkische
- Präsident Nordsyrien de facto auf: Die Türkei patrouilliert ab sofort gemeinsam mit der
- russischen Armee in Teilen des syrisch-türkischen Grenzgebiets unter Beteiligung von
- islamistischen Milizen, die allesamt - wie zuvor schon in Afrin - Kriegsverbrechen
- begangen
- haben. Amnesty International berichtet von schweren Menschenrechtsverletzungen
- und
- Kriegsverbrechen, wie z.B. wahllosen Angriffen auf Wohngebiete, Schulen und andere
- zivile
- Ziele. Zudem will Erdogan bis zu zwei Millionen syrische Geflüchtete, von denen die
- wenigsten ihre Heimat im überwiegend kurdischen Landstrich haben, in diesem Gebiet

25 zwangsansiedeln. Solche ethnischen Vertreibungen und zwangsweise Umsiedlungen
würden zu
26 einer humanitären Tragödie und gefährlichen neuen Konflikten führen und massiv zur
27 Verschärfung des Konflikts beitragen.
28
29 Durch den Rückzug der USA und die Einigung zwischen Moskau und Ankara stabilisiert
sich die
30 Macht des syrischen Diktators Assad weiter. Seine Truppen konnten mit Hilfe ihrer
iranischen
31 und russischen Verbündeten weitere Gebiete im Norden unter ihre Kontrolle bringen.
32 Durch den türkischen Einmarsch werden die kurdischen Lager mit den inhaftierten IS-
33 Kämpfer*innen nicht mehr mit der gleichen Intensität bewacht wie vor dem
Einmarsch.
34 Medienberichten zufolge sind daher bisher circa 100 IS-Kämpfer*innen aus der
kurdischen Haft
35 entkommen. Bisher hat sich die Bundesregierung geweigert, die inhaftierten
deutschen IS-
36 Kämpfer*innen und ihre Angehörigen mit deutscher Staatsbürgerschaft zurückzuholen
und sie
37 schnellstmöglich in Deutschland für ihre Taten strafrechtlich zu verfolgen. Darum ist
die
38 Gefahr durch entkommene IS-Kämpfer*innen auch innerhalb Europas in dieser
chaotischen
39 Situation nun größer geworden.
40 Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben durch fehlende gemeinsame Initiativen zu den
41 Auswirkungen im Syrienkonflikt, die wir heute sehen, beigetragen. Von der
Bundesregierung
42 ging auf EU-Ebene keine Initiative für eine kraftvolle Wiederbelebung eines
43 Friedensprozesses in Syrien aus. Maßnahmen, wie der VN-Mechanismus für die
Untersuchung und
44 Verfolgung von schwersten Kriegsverbrechen in Syrien, unterstützte die
Bundesregierung nicht
45 ausreichend. Und die internationale Gemeinschaft – darunter auch Deutschland –
konnte sich
46 bis heute nicht durchringen, die Menschenrechtsverbrechen durch die türkische
Regierung in
47 Afrin 2018 klar zu benennen und den Einmarsch als eindeutig völkerrechtswidrig zu
48 verurteilen. Dadurch fühlte sich Präsident Erdogan ermuntert, die Vertreibungen noch
einmal
49 auszuweiten.
50
51 Russland konnte seinen Einflussbereich im Nahen Osten entscheidend ausbauen, die
türkische
52 Regierung entfernt sich immer mehr von EU und NATO. Doch dieses Blinken nach
Moskau kann
53 nicht die existentiellen wirtschaftlichen Beziehungen der Türkei mit Europa ersetzen.
Gerade
54 deshalb sollten die Europäische Union und die NATO die Provokationen Erdogans ruhig,
aber
55 deutlich beantworten. Gerade im Fall von Syrien wird überdeutlich, wie notwendig eine

starke
56 EU mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist.
57 Die Inkonsistenz in der europäischen Außenpolitik offenbarte sich jüngst auch im
Agieren der
58 deutschen Bundesregierung. Es liegen genügend realistische Vorschläge auf dem
Tisch, wie
59 sich Deutschland gemeinsam mit seinen Partnern aktiv für die Linderung der
humanitären
60 Katastrophe engagieren kann. Stattdessen düpierte die deutsche
Verteidigungsministerin mit
61 ihrem nicht abgestimmten Vorstoß für eine international gesicherte Schutzzone im
Norden
62 Syriens die übrige Bundesregierung und irritierte Deutschlands europäische und
63 internationale Verbündete und Partner. Statt auf allen Kanälen Druck auf die türkische
64 Regierung auszuüben und dafür auch den NATO-Rat zu nutzen, beschäftigten sich die
65 Bundesregierung und ebenso die NATO mit einem innenpolitisch motivierten Vorschlag
der
66 deutschen Verteidigungsministerin, der in der Sache leider bei Weitem nicht
durchdacht,
67 geschweige denn abgestimmt war. Im Mittelpunkt der Initiative stand dabei nicht der
Schutz
68 der Zivilbevölkerung, denn von Anfang an war nicht klar benannt, wen eine solche
Schutzzone
69 vor wem schützen sollte. Stichhaltige Aussagen über die völkerrechtliche Grundlage
ihres
70 Vorstoßes blieb die Verteidigungsministerin lange Zeit ebenso schuldig wie eine
Erläuterung,
71 was in der konkreten Situation mit zusätzlicher militärischer Präsenz eigentlich erreicht
72 werden sollte – noch dazu in einer derart multifrontalen Situation wie im Nordosten des
73 Landes. Und es fehlte die Absage an den türkischen Plan, Flüchtlinge in die
nordsyrische
74 Region abzuschieben.
75 Spätestens nach der russisch-türkischen Einigung von Sotschi war klar, dass ein
Einsatz
76 unter den aktuellen Umständen in Nordsyrien für deutsche und europäische Kräfte
kaum möglich
77 wäre, ohne sich zum Handlanger des Autokraten Putin wie des Diktators Assad zu
machen, der
78 hunderttausende Menschenleben auf dem Gewissen hat und auch vor dem Einsatz
von Giftgas
79 gegen die eigene Bevölkerung nicht zurückschreckte. Ebenso wäre ein Einsatz ohne
80 Zusammenarbeit mit Erdogan nicht möglich, dessen Ziel die Vertreibung von
Kurd*innen und
81 ethnischer und religiöser Minderheiten vor Ort ist. Die Bundesregierung hat sich – auch
mit
82 den Äußerungen des Außenministers bei seinem Besuch in der Türkei – in einem
Moment
83 kriegerischer Eskalation durch ein NATO-Mitglied als politische Kraft präsentiert, die
mehr

84 mit sich selbst beschäftigt ist, anstatt handlungsfähiger Akteur zu sein. Aufgabe wäre
85 es
86 gewesen, zusammen mit seinen Partnern nach diplomatischen Lösungen zu suchen
87 und auf eine
88 Deeskalation zu dringen. Wer Außenpolitik hingegen rein aus innenpolitischem Kalkül
89 betreibt, der bricht mit einem werte- und menschenrechtsgeleiteten Politikverständnis
90 und
91 schadet den Sicherheitsinteressen Europas.

92 Die Bundesregierung hat viel zu lange kaum folgenreiche Kritik an der zunehmend
93 autokratischen und unberechenbaren Innen- und Außenpolitik der türkischen
94 Regierung geübt,
95 geschweige denn konkrete politische Maßnahmen ergriffen. So hat die
96 Bundesregierung auch
97 nach dem völkerrechtswidrigen türkischen Einmarsch in Afrin 2018 Kriegswaffen im
98 Wert von
99 mindestens 427 Millionen Euro an die Türkei geliefert. Die Ankündigung der
100 Bundesregierung,
101 keine Genehmigungen für alle Rüstungsgüter zu erteilen, die in Syrien eingesetzt
102 werden
103 könnten, kommt viel zu spät, ist reine Symbolpolitik und ermutigt Präsident Erdogan,
104 seine
105 verantwortungslose Politik ohne Risiko fortzusetzen. Denn bereits genehmigte, aber
106 noch
107 nicht gelieferte Waffen, können so weiter problemlos an die Türkei exportiert werden.
108 Seit
109 Anfang 2018 wurden deutsche Exportkreditgarantien (sogenannte
110 Hermesbürgschaften) für die
111 Türkei im Wert von rund 2,6 Milliarden Euro gewährt. Den wirtschaftlichen Hebel, den
112 die
113 Bundesregierung hat, um die türkische Regierung unter Druck zu setzen, hat sie
114 bislang nicht
115 genutzt. Wir GRÜNE erwarten von der Bundesregierung einen grundlegenden
116 Kurswechsel im
117 Umgang mit der türkischen Regierung. Gleichzeitig dürfen wir die
118 Regimekritiker*innen in der
119 Türkei, von denen Hunderte nach Kritik an der Invasion in Nordsyrien festgenommen
120 wurden,
121 nicht alleine lassen. Die Zusammenarbeit mit der demokratischen, pro-europäischen
122 türkischen
123 Zivilgesellschaft muss gestärkt und ausgebaut und diese weiter unterstützt werden.

124 Die gleichzeitig stattfindenden Angriffe auf Idlib sind eine Katastrophe. Dort werden
125 Krankenhäuser und zivile Einrichtungen brutal und menschenverachtend attackiert.
126 Der
127 syrische Diktator Assad und seine Verbündeten haben den einstigen Zufluchtsort Idlib
128 zu
129 ihrem Hauptangriffsziel gemacht. Die Bundesregierung muss die Situation in Idlib zum
130 Thema
131 im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen machen. Russland hat dort bisher jeden
132 Versuch
133 einer gemeinsamen Erklärung, die die Angriffe auf Zivilisten durch die Truppen Assads

112 verurteilt, verhindert.

113

114 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilen den völkerrechtswidrigen und durch nichts zu
115 rechtfertigenden Angriff der türkischen Regierung und verbündeter islamistischer
Milizen

116 gegen Teile der autonomen kurdischen Selbstverwaltungszone in Syrien.

117 Wir fordern:

- 118 • Dass die türkische Regierung den völkerrechtswidrigen Angriff auf Nordsyrien
119 sofort
stoppt und ihr Militär und die sie unterstützenden Milizenverbände sofort abzieht.
- 120 • Dass die Bundesregierung sowie EU und NATO den türkischen Einmarsch in
121 Nordsyrien
122 öffentlich und auf allen Ebenen als völkerrechtswidrig verurteilen, inklusive der
Vereinten Nationen.
- 123 • Dass die NATO deutlich macht, dass die Türkei für ihren völkerrechtswidrigen
124 Einmarsch
keinen Beistand erhält und eine Feststellung des Bündnisfalls auf der Grundlage
125 des
NATO-Vertrags somit ausgeschlossen ist.
- 126 • Dass Deutschland und die Europäische Union an alle Beteiligten appellieren, das
127 humanitäre Völkerrecht zu achten, und sich dafür einsetzen, dass alle Beteiligten
128 keine Gewalt gegen Zivilist*innen ausüben, weder in Nordsyrien, noch in der
Türkei
129 noch anderswo. Menschen, die gerade aus Nordsyrien in Richtung Nordirak
flüchten, muss
130 freies und sicheres Geleit gewährt werden.
- 131 • Dass sich die EU dafür einsetzt, dass auch die Kurd*innen aus dem Norden
132 Syriens
umfassend im UN-vermittelten Verfassungsausschuss und politischen Prozess
vertreten
133 sind und die De-facto-Autonomie des kurdischen Gebiets in Nordsyrien erhalten
bleibt.
- 134 • Dass die Verantwortlichen für in Syrien begangene Kriegsverbrechen auf der
135 Grundlage
des Völkerstrafrechts zur Rechenschaft gezogen werden und dass der
internationale
136 unabhängige Mechanismus der VN zur Untersuchung von schwerwiegenden
Verbrechen in
137 Syrien angemessen finanziert wird.
- 138 • Dass die EU oder ihre Mitgliedstaaten persönliche und gezielte finanzielle
139 Sanktionen
gegen Präsident Erdogan, Mitglieder der türkischen Regierung und führende
Angehörige
140 des türkischen Militärs sowie gegen türkische Finanzinstitutionen, über die das

- 141 türkische Militär seine Finanztransaktionen abwickelt, im europäischen Verbund
142 erlassen.
- 143 • Dass die türkische Regierung die innenpolitische Kampagne gegen Kritiker*innen
144 der Invasion in Nordsyrien beendet und die Meinungs- und Pressefreiheit
wiederherstellt.
 - 145 • Dass die Bundesregierung die Verlängerung des Engagements der Bundeswehr
146 bei der Operation „Inherent Resolve“ zurücknimmt, die Tornados aus Jordanien abzieht
und ab
147 sofort keinerlei Aufklärungsergebnisse mehr direkt oder indirekt an die Türkei
148 weitergibt.
 - 149 • Dass die Bundesregierung alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei
150 umgehend stoppt,
erteilte Genehmigungen widerruft, sich für einen EU-weiten Rüstungsexportstopp
151 an die Türkei und auch für einen Stopp der Beteiligung deutscher Unternehmen an
152 Rüstungskonsortien in der Türkei einsetzt.
 - 153 • Dass die Bundesregierung keine neuen Hermesbürgschaften zur Absicherung
154 wirtschaftlicher Aktivitäten in der Türkei übernimmt und alle noch nicht
genehmigten
155 Anträge ablehnt.
 - 156 • Dass die Bundesregierung endlich ihre rechtliche und politische Verpflichtung
157 wahrnimmt, indem sie die deutschen IS-Kämpfer*innen und ihre
Familienangehörigen
158 zurücknimmt und so schnell wie möglich Strafverfahren gegen Personen, die sich
159 strafbar gemacht haben, in Deutschland einleitet. Dazu müssen die
160 Strafverfolgungsbehörden ausreichende Kapazitäten bekommen. Zudem muss
sichergestellt
161 sein, dass die Kapazitäten ausreichen, damit Gefährder*innen bzw. relevante
Personen
162 nach der Rückkehr nach Deutschland überwacht werden können.
 - 163 • Dass die EU und ihre Mitgliedstaaten diesen im Kern asylrechtswidrigen EU-
Türkei-Deal
164 von 2016, der die verheerende Situation in den Flüchtlingslagern auf den
griechischen
165 Inseln noch verschlimmert und die EU durch die türkische Regierung erpressbar
gemacht
166 hat, beenden. Zugleich darf die europäische Unterstützung zu unmittelbaren
Gunsten der
167 über drei Millionen Geflüchteten in der Türkei nicht abbrechen. Deren Versorgung
nach

- 168 humanitären Standards muss oberste Priorität haben. Auch braucht es dringend
169 Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen.
- 170 • Dass die EU und ihre Mitgliedstaaten sich endlich für legale Fluchtwege in die EU,
171 eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten,
172 rechtsstaatliche
173 Asylverfahren und eine gerechte Verteilung der Geflüchteten auf die EU-
174 Mitgliedstaaten
175 einsetzen. Wer verhindern will, dass sich Schlepper*innen an der Not von
176 Geflüchteten
177 bereichern, die angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei der
178 Flucht
179 übers Mittelmeer aufs Spiel setzen, muss sichere und legale Fluchtalternativen
180 schaffen.
 - 181 • Anzuerkennen, dass ein Neuanfang in Syrien nur unter Einbeziehung der
182 politischen
183 Opposition in den Verfassungsprozess und freier, fairer Wahlen stattfinden kann.
184 Die
185 EU muss wieder aktiver werden, um eine dauerhafte politische Lösung der Krise
186 im
187 Einklang mit der Resolution 2254 des VN-Sicherheitsrates zu finden. Besonders
188 Frauen
189 müssen am Verhandlungsprozess für eine politische Lösung des Konflikts beteiligt
190 werden. Ohne einen relevanten und inklusiven politischen Prozess und ohne
191 Freilassung
192 der politischen Gefangenen darf es keine finanzielle Unterstützung für das Assad-
193 Regime und seine Günstlinge geben, auch nicht in Form von Aufbauhilfe.
 - 194 • Eine politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts bleibt die notwendige
195 Voraussetzung für Stabilität und Frieden in der gesamten Region. Eine Lösung
196 kann
197 nicht in einer weiteren Eskalation des schrecklichen Krieges in Syrien und
198 weiterer
199 militärischer Aufrüstung der Türkei bestehen, sondern muss friedlich, unter
200 Einbeziehung der betroffenen Staaten und der kurdischen Akteur*innen sowie
201 unter
202 Wahrung des Völkerrechts erreicht werden.
 - 203 • Dass sich die Bundesregierung und die EU-Mitgliedstaaten dafür einsetzen, das
204 schreckliche Leid der Menschen in Idlib zu lindern, und dass Russland und das
205 syrische
206 Regime ihre militärischen Angriffe auf die Region umgehend beenden.
 - 207 • Alles politische Handeln der Bundesregierung und der Europäischen Union
208 konsequent auf
209 die Unterstützung der vielen demokratischen Kräfte in der Türkei auszurichten.

Begründung der Dringlichkeit

...